

RENTNERISCHES

Für Alte und solche,  
die es werden wollen



Nr. 72  
Juni 2025

# AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

TLZ feiert 80 Jahre TLZ

Kein Vorbild für Jena:  
Gera

Wie Corona, so die  
Aufarbeitung



Mögliche Haushaltssperre wirft vielleicht die eventuelle Frage auf:

**Können  
wir uns  
Jena noch  
leisten?**

# Stadtgespräch

## Demokratie leben in Abstimmung mit den Streifenfahrten der Polizei



Die Universitäts- und Landesbibliothek wurde großflächig beschmiert. Daraus ergeben sich zwei Fragen. Die erste: Wieso ist das da noch?

Wir fragten bei der Pressestelle des Thüringer Bildungsministeriums, ob es aus politischen Gründen unterlassen wird, die Beschmierungen zu entfernen oder übermalen. Man antwortete, „da ThULB unter der Flagge der FSU läuft, ist diese auch grundsätzlich zuständig. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass die FSU Anzeige erstattet hat. Der Vorfall muss sich nach den bisherigen Erkenntnissen erst in der Nacht zu Donnerstag

ereignet haben. Selbstverständlich werden die Schmierereien entfernt, sobald die Ermittlungen und die Kapazitäten im Baudezernat dies zulassen.“

Die Uni ist zuständig, die Zuständigkeit kann sich etwas hinziehen, seit einem halben Jahr unterlässt man es, die Lothar-König-Gedenkschmiererei am Ernst-Abbe-Platz zu überpinseln.

Die zweite Frage richteten wir an die Polizeidienststelle: Da so was eine gewisse Zeit dauert, in der keine Polizei vorbeikommen sollte, bitten wir um die Mitteilung, welche Erklärung Sie dafür haben, dass es danach aussieht, dass sich die

Beschmierer nach den Zeiten von Polizeistreifen gerichtet haben.

Man gab sich überrascht, „der Sachverhalt ist der Polizei bislang noch nicht bekannt gewesen. Auf Nachfrage beim Hausrechtsinhaber stand eine Mitteilung an die Polizei noch aus. Im Rahmen der Sachverhaltsaufnahme muss der Tatzeitraum noch geklärt werden.“

Der Hausrechtsinhaber möchte natürlich nicht in den Verdacht geraten, faschistischem Gedankengut anzuhängen. Es ist sogar vergleichsweise kostengünstig, sich durch Beschmierungen antifaschistisch, weltoffen und zukunftsorientiert zu präsentieren. ●

# Bank für Geschäfte und Kunden

**G**eredet wird viel, die Tage sind gerade lang.

Was zu sehen ist, sind Blumenbänke mit Sitzfunktion oder Sitzbänke mit Blumenkasten, auf dem Theatervorplatz. Sehen sehr gut aus, bestimmt angemessen teuer, und sollte jemand darauf sitzen, böte er einen guten Anblick. Man sitzt und ist zugleich klimafreundlich, weil das Holz nicht verbrannt wurde und weil man sein Kohlendioxid vom Ausatmen gleich an die Blumenpflanzen geben kann.

Nun ist im Gerede, der Oberbürgermeister verfolge den Plan, solche Blumensitzmöbel überall, wo es geht, in der Stadt aufzustellen, vor den Geschäften, was dann von den Ladenbetreibern bezahlt werden solle. Beträfe ohnehin nur die, die noch existieren, also die reichen.

Die werden selbstverständlich nicht gezwungen, wenn sie nicht wollen, nur durch oberbürgermeisterhafte Überredungskraft davon überzeugt, es zu wollen. Vielleicht wird aus Sitzpassanten Laufkundschaft.

Geld flösse, es wäre wieder einmal das, wonach es aussieht.

Kann das sein, kann man das glauben?

Gemessen an der Reputation der Beteiligten wäre es nicht unglücklich. ●

# Besuchsreise

**O**berbürgermeister und Stadtratskollege besuchten überraschend die Ukraine, von wo sie gutglaunte Fotos übermittelten. Demnach waren sie erfolgreich mit dem Vorhaben, für die FDP eine neue Betätigungsgegend zu finden.

# Halbes Spielgeld

**D**as Bürgerbudget soll halbiert werden. Das bedeutet, künftig würde ein Regenbogen-Zebrastrifen halb so breit oder würde nur bis zur Mitte der Straße reichen.

# Lesung

**I**n der Bibliothek wurde eine Lesung mit Sachen von Ernesto Cardenal abgehalten. Der Schaden wird auf 800 Euro geschätzt, so hoch sollen die Fördermittel gewesen sein.

# Kein Sprühwasser

**E**in für die Befeuchtung heißer Stadluft angeschaffter



Wasserzerstäuber wird nicht eingesetzt wegen der Gefahr der Verbreitung von Amöben. Da ist das Pech, dass er gekauft wurde, um vor dem Klima zu schützen, und nicht, um Amöben zu retten.

# Angriff erfunden

**I**n WhatsApp wurde von einem Messerangriff bei einer Fahrtscheinkontrolle zwischen Felsenkeller und Paradiesbahnhof erzählt, aber den hat es nicht gegeben. Also keine Extra-Demo „Jena bleibt bunt“.

# Bedrohung

**Z**wei Mädchen wurden an der Endhaltestelle Winzerla mit einem Messer bedroht. Die Polizei hat den 14-jährigen Täter gestellt und leitete laut Meldung die entsprechenden Maßnahmen ein. Wichtig ist zu beachten: die entsprechenden. Nicht die notwendigen.

# Hitzeschutz

**D**ie Stadt hat den Hitzeschutzplan vorgestellt. Jetzt muss noch die zuständige Stelle eingerichtet werden, die den Sommerbefehl gibt.





## Die Stadtpleite muss klimaneutral, geschlechtergerecht, kultursensibel, queerfeministisch, antikapitalistisch, antidiskriminierend, vielfältig und bunt gestaltet werden, was soll die Welt sonst von uns denken

Haushaltssperre bedeutet, die Stadt ist nicht pleite, sie hört nur auf, etwas zu finanzieren, was nicht von Druckmachgruppen nachdrücklich und lautstark zu bezahlen gefordert wird. Leute, deren Arbeitsethos lautet: „Wir sind links, gebt uns Geld!“, leben nun in Angst, neue Begründungen für ihre Unabdingbarkeit suchen zu müssen oder die alten zu erneuern. Die in der Verfassung festgeschriebene Klimaneutralität bis in zwanzig Jahren soll zwar kein formales Staatsziel sein, aber in dem Lichte der Ambition ist auszulegen, welche Einsparungen die Menschenwürde verböte.

Das Haushaltsproblem entsteht in der offiziellen Darstellung nicht durch Verschwendungssucht, son-



dern durch ausbleibende Steuereinnahmen, auf die man sich schon gefreut hatte. Mit der Verminderung, zeitungssdeutsch mit dem Minus, konnte nun wirklich niemand rechnen, außer vielleicht jemandem von denen, die mit so was immer rechnen und darum nie richtig liegen können.

Jena ist überwiegend von Personen besiedelt, die in ihrem Erwerbstätigkeitsprofil den Kapitalismus schon überwunden haben. Ihnen wäre nicht zuzumuten, ihre Tätigkeit frei als Dienstleistung anzubieten, aber sie können eine Studie erstellen, wo noch Steuern zu holen wären oder Fachkräfte.

Das bedeutet: Eine Stelle für die Ausgabe von Formularen für den Antrag auf die argentinische Kettensäge wird nicht eingerichtet. ●

## 80 Jahre und kein bisschen Hochtouren, auf denen die Vorbereitungen zum Start in den Auftakt laufen. Das steckt dahinter



Die schamlose TLZ-Gerlinde ersucht die Leser: „Schreiben Sie uns bitte, was Sie mit dieser Zeitung verbindet!“

Das unterstützen wir gern und sagen: au ja, tun Sie das!

Sie können das Thema dahingehend verfehlen, dass Sie schreiben, was Sie mit dieser Zeitung verbinden.

Oder sonst so erlebt haben damit.

Der Anlass ist: „Die TLZ wird 80 und wird dies mit den Lesern feiern. Schicken Sie uns jetzt Ihre Erinnerungen und Glückwünsche.“ Glück ist zu wünschen; für Journalisten ist so Manches Glückssache.

„80 Jahre: Das ist eine lange Zeit. Und viele dieser Jahre waren nicht einfach für die Macher dieser Zeitung – vor allem auch politisch. Der Druck war bis 1989 groß. Und inzwischen haben sich neue Feinde der Pressefreiheit formiert. Das Durchgriffsrecht fehlt ihnen zwar, aber die Stoßrichtung wird immer deutlicher.“

Groß war der Druck, und, Mann, die haben so was von standgehalten, wie die Existenz beweist.

„Die ‚russische Militär-Admini-

stration‘ ermöglicht der Demokratischen Partei, ‚ein Sprachrohr in Form einer Zeitung‘ herauszugeben. ‚Über Nacht‘, so heißt es in der Ausgabe vom 24. September 1945, hätten ‚die alten demokratischen Verleger Thüringens und die Schriftleitung dieses Blatt aus dem Nichts geschaffen.“

Aus dem Nichts?

Aus dem gar nichts?

Überhaupt nichts?

Doch wenigstens aus dem Untergrund, in dem die demokratischen Verleger und die Schriftleitung sich versteckt haben müssen. Oder sie haben aus journalistischer Professionalität schneller als andere gemerkt: Ne, das war nichts.

Denn: „Nicht vergessen ist, dass die Thüringer frühzeitig den Nazis zugejubelt hatten und dass nicht wenige von ihnen selbst zu Nazis geworden waren – und dass der Jubel noch anhielt, als längst Krieg war.“ Was auch an Zeitungen gelegen haben könnte, wenn sie, entsprechend der damaligen herrschenden Meinung, Haltung und Gesicht zeigten gegen jene, die den Staat verhöhnen, unser Drittes Reich angreifen und das beste Deutschland aller Zeiten bis damals leugnen.

Glücklicherweise begannen die achtzig Jahre erst danach, und wenn die ganzen achtzig gefeiert werden, wird auch die DDR-Zeit voll gezählt. Hätte ja sein können, die wird nur halb angerechnet für das Sprachrohr der Demokratischen Partei.

Im bekundeten Verständnis der schamlosen TLZ-Gerlinde und nicht nur von ihr davon, was Meinungsfreiheit sei, bestand in der DDR Meinungsfreiheit, man musste nur mit Gegenwind rechnen, das verstanden diejenigen nicht, die Behauptungen verbrei-

ten, denen zufolge die Meinungsfreiheit eingeschränkt wäre, und keine Gegenmeinung ertrügen. So nämlich formulieren die es zum heutigen Zustand.

Und das ist, in der Parole der TLZ vom angeblichen Klartext, das Mieseste und Abgefimteste und mittelmäßig Korrupte, wofür diese Schriftgeleiteten ihr Gesicht zeigen. Ihnen wird es nicht passieren, Gegenwind zu verspüren, der Wind, den sie abkriegen, ist kein Gegenwind, sondern Wind. Der Wind, in den sie ihr farbenfrohes Fähnchen hängen. Alle, die wegen ihrer Meinungsäußerung schwarzgelistet, aussortiert und ausgegrenzt wurden, kriegten diese Maßnahmen ab wegen geäußerter Gegenmeinung, die jemand nicht ertrug, der über die geeigneten Mittel verfügt.

Die Frage ist ja nicht, „was, bitte, soll man denn nicht sagen dürfen, was?“, sondern: Wer will, dass was nicht gesagt wird, und hat welche Macht, dies durchzusetzen?

Äußerungen trotz unterdrückter Debatte waren es, auf die, auch, in der TLZ eimerweise Reaktionen von Hass, Hetze, Textgülle und Aktivverleumdung folgten. Achthundert bis tausend Jenaer könnten schreiben, sie verbindet mit der TLZ, dass sie vom Balkenbücker ein „aggressives Gundrauschen“ angehängt kriegten. Zum Beispiel.

Es kann dahingestellt bleiben, was die bei der Zeitung sich einbilden. Was sie sind, hängt nicht davon ab, was sie glauben, wer sie sind.

Die sollen sich mal nicht herausreden, ja doch nur Texte zu verfassen. Das sagt nichts über ihre Machtphantasien, sie sind nur gebremst durch ihre Stellenbeschreibung. Ihre Stoßrichtung ist unverkennbar. Ihnen fehlt bloß das Durchgriffsrecht. ●

# Unterstellte Zusammenhänge mit zusammenhängenden Unterstellungen



Es ist gut, wenn man nicht erst in einer angespannten Lage wie zur Zeit der Pandemiemaßnahmen erfährt, dass man belastete Begriffe verwendet, spalterische Gedanken vertritt und überhaupt zum Staatsfeind geworden ist. Die meisten sind dann völlig überrascht, weil sie damit nie gerechnet hätten und so was nur non anderen Leuten kennen. Das Verfassungsrecht verändert sich nun mal, nicht immer mit Zweidrittelmehrheit, oft durch eine Anpassung der Begriffe und eine Modernisierung des Verständnisses davon, was Grundrechte seien und in welchem Verhältnis die Bürger zum Staat aktuell nicht mehr stehen. Meistens geht es die Leute auch gar nichts an, was sie nicht wissen wollen, es geschieht also einvernehmlich, wenn die

Verfassung im Lichte des Zeitgeistes ausgelegt wird.

Gut also, dass durch das Faeser-Gutachten nun für alle deutlich gemacht wurde, was geht, genauer, was nicht geht.

In der OTZ wurde im Artikel zum Thüringen-Bezug des Gutachtens unter anderem informiert, dass ein ethnisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff unvereinbar mit dem Grundgesetz ist.

Hierzu baten wir die OTZ-Chefredaktion um die ergänzende Mitteilung, was sie Lesern der OTZ rät, wenn sie einen solchen Begriff auch haben sollten.

Nach der ebenso verfassungsfeindlichen Verwendung des Wortes Kartellparteien fragten wir erst gar nicht, wie soll man sie denn nennen? Das wissen wir alle, und wer es nicht weiß,

soll sich über den Verdacht nicht wundern.

Leider erhielten wir keine Antwort, die haben eben keine Zeit für so was und setzen so viel Verstand bei den Lesern voraus, dass die schon selber wissen, was empfehlenswert ist.

Aufschluss erhofften wir uns vom Berliner Senat. Nachdem linke und muslimische Hamas-Anhänger in Berlin einen Polizisten niedertrampelten, wird der Regierende Bürgermeister zitiert, Angriffe auf Polizisten seien „ein Angriff auf uns alle“. Nun, auf linke und muslimische gewalttätige Hamas-Anhänger ja nicht – grenzt er die aus von „wir alle“?

Wurde uns nicht verraten. Wir meinen sowieso nicht alle linken und nicht alle muslimischen nicht alle Anhänger der ganzen Hamas, nur die, die in ihrer relevanten Zahl das Unterstützermilieu bilden, das sich als Repräsentanz aller geriert.

Für die Leser einer Jenaer Seniorenzeitung fühlt sich der Berliner Senat nicht zuständig. Entbürokratisierung.

Vielleicht, so dachten wir, könnte uns die Pressestelle des Bundespräsidenten Auskunft geben, ob der Bundespräsident diese linken und muslimischen Gewalttäter und ihr Unterstützermilieu zu denjenigen zählt, die unsere Demokratie angreifen.

Dazu muss der natürlich nichts aussagen. Der kennt den juristischen Grundsatz: Nemo tenetur se ipsum accusare. ●

## IMPRESSUM

**Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung** seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

**Druck** Kein Druck, nur Digitalvernetzung

**Geplante Erscheinungsweise** so regelmäßig wie möglich

**Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts** der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

**Anregungen und Aufregungen** an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

**Internetseite** www.seniorenakruetzel.blogger.de

## Warum Gera nicht beispielgebend für Jena sein kann

Das muss man sich mal vorstellen, da trafen einige Geraer aufeinander und bekundeten ihre unabhängig voneinander gewonnene Einschätzung, Gera hat Potenzial.

Wenn man Potenzial ableitet aus dem, was nicht ist, wird das vielleicht auch Jenaern einleuchten, dennoch ist für Außenstehende und Durchreisende gar nicht naheliegend, dass Geraer ihren vorzufindenden Zustand so deuten mögen.

Ist aber so, daher kamen sie auf den Einfall, dass Gera dann ja doch zu retten wäre, weshalb sie folgerichtig feststellten, dass sich niemand darum kümmern würde, wenn sie die Rettung Geras nicht selbst angehen.

Schon das ist der Punkt, der in Jena nicht vorstellbar wäre. Jena ist gerade wegen der Mentalität der linksaristokratischen Überfütterung nicht rettbar, ohne Potenzial, Jena ist in der Endstufe auf hohem Niveau, wo alle Wichtigen dafür bezahlt werden, ihre Zuschüsse für gerecht und systemrelevant zu halten.

Gera wäre eine bessere Kulturhauptstadt als Chemnitz, da ist auch nichts, aber man feiert es nicht so, als wäre da was. Man könnte mit dem Chemnitz-Programmheft genausogut durch Gera gehen.

Gera wird von Alten bewohnt? Gut, da gibt es also viele, denen man schon vormittags etwas bieten könnte.

Was die Initiativgeraer von Je-

naer Lichtstädtern unterscheidet, ist, dass sie keine Fördermittel für Presstexte wollen, denen dann einfällt: „Gera – Stadt der Potenziale“, sondern den Bürgersinn anregen ohne Officialstellen. Sämtliches Stadtmarketinggequatsche wird gar nicht erst ignoriert. Man geht nämlich nicht von Visionen und wünschenswerten Idealen aus, sondern von da, wo man ist, und tätigt zuerst genau einen Schritt, undenkbar für Jena. Man plant nicht blühende Landschaften oder das mitteldeutsche Zentrum für Potenziale und gründet nicht etwa einen Förderverein der Freunde des Elstertalpotenzials, auch keine Petition für einen Gera-Krimi wird erwogen, so schön der wäre und so interes-

sant der gefilmt werden könnte. Ist halt nicht.

Alle Konzepte, die darauf beruhen, dass jemand anderes etwas tut, haben genau da ihren Schwachpunkt.

Was nicht medial stattfindet, findet nicht statt, andererseits ist das medial

Vermittelte wirksam. Mit einem, für die Funktionstauglichkeit notwendigen, noch zu beschaffenden Element, das bekanntgegeben wird, sobald es da ist, können sie den Anfang öffentlich machen, denn der Anfang ist bereits getan durch die angestellten Überlegungen. Die Unterhaltung kann so, wie sie war, etwas präzisiert und zuzüglich des besagten fünf-

ten Elements, online gehen auf einem gut besuchten Geraer Kanal, und schon ist, obwohl noch keine Neugründung angesiedelt wäre, Gera eine Stadt, über die gesprochen wird als eine mit offenen Möglichkeiten. Das wird Jena nicht unterlaufen. In Jena würde es ohne Dynamik bleiben, wenn man eine solche Anstrengung doch unternehmen wollte. In Gera hingegen ist es der erste Schritt, auf den unterschwellig alle gewartet haben. Vielen, die in Prozenten vielleicht nur wenige sind, aber viele als echte Personen, wird etwas einfallen, aber nicht etwa eine Idee für großartige Phantasien des gesellschaftlichen Umbaus, sondern ihnen fällt etwas ein, was sie schon wissen und das man von ihnen wissen will. Schon das ist eine reale Veränderung der Stadt und des bürgerlichen Gefühls.

Zwar gibt es auch in Gera Linke und sonstige Mieskleinliche, denen nicht passt, wenn irgendwer irgendetwas tut ohne Parteauftrag. Die haben in dieser Aufstellung die dramaturgische Funktion des Unsympathen, der die Bürger in ihrem Bürgersinn nur noch stärker anregt. In Jena sind sie die Korruptionsbeauftragten. Auch in Gera gibt es amtliche Wichtigtu-er, die können anfangen zu überlegen, ob sie was einzubringen haben oder ob sie sich mit ihrer Überflüssigkeit arrangieren.

Davon ist Gera noch nicht gerettet. Aber Bemühungen hätten einen Sinn.

Eine solche Beschreibung würde Jena niemals als akzeptabel erachten. ●



# Corona-Aufarbeitung könnte an Langweiligkeit scheitern

Die Dezernentin für Grünes und ein städtisches Gremium wollen sich dem Vorhaben widmen, Aktivität nachzuweisen, dass man mal darüber gesprochen hat, wie man es in der Coronazeit geschafft hat, die Krise zu bewältigen und so. Von denen erwartet niemand etwas.

Folgerichtig machen sich auch normale Bürger daran, über die Pandemiemaßnahmen zu konferieren, vielleicht war es auch schon, und dieselben oder andere stellen, anwaltlich unterstützt, Fragen an die Stadtverwaltung auf Grundlage der Auskunftspflicht.

Das Problem ist: Während die städtische Aufarbeitung umso zweckdienlicher ist, je mehr sie die Öffentlichkeit langweilt, ist bei den Querdenk- und Schwurbelbürgern die gleiche Außenwirkung zu erwarten wie bei den Demonstrationen, nämlich gar keine, nur noch ohne die Gegendemonstranten.

Die Fragen an die Ämter sind schon so, dass man die Antworten entweder schon ahnt oder mehrfach gehört zu haben glaubt, wenn man sein Interesse überhaupt so lange aufrechterhalten kann, oder dass die Antworten, wenn sie gegeben werden, auch nur noch weiter langweilen. Wann wurden welche Maßnahmen warum und wenn ja wieviele, davon ein ganzer Fragenkatalog. Ja, ganz wichtig für das demokratische Miteinander und ein Zeichen für Unserokratie, dass so etwas im Rahmen der Mitwirkung und so weiter. Die Fragesteller sagen, mit den Antworten werde

man etwas Interessantes anstellen können, weil sie lückenhaft oder widersprüchlich ausfallen könnten. Das ist durchaus richtig gedacht, dann hat der Anlauf eben etwas früher angefangen, das geht und wir sind gespannt, sobald der große Sprung ansteht.

Es ist nur alles etwa so, wie wenn man die Schauspieler fragt, wie sie zu ihren Rollen gekommen sind und wie sie sich auf den Auftritt vorbereitet haben. Das sagt nichts über die dramaturgische Aufstellung.

Man könnte die Zeitung fragen oder auf geeignete Weise dazu bringen zu antworten, wann sie Zweifel bekommen hat an der durchgedrückten Darstellung.

Man könnte fragen, ob sie, also Redaktion und Führung, Revisionsbedarf sehen bei ihren Artikeln, die zum überschriftmäßigen Ziel hatten, das Vertrauen zu erhalten. Man könnte die fragen, für wie groß sie den Grund und Boden erachten, in den sie sich schämen müssten für ihre Hetze gegen Bürger. „Leider verstehen wir Ihre Frage nicht“, wäre die erwartbare Antwort, sie wäre sehr aussagekräftig.

Man könnte die Stadtsprecherei fragen, wann der Oberbürgermeister Kenntnis davon erlangte, dass Bürger seiner Stadt dafür, dass sie ihr Recht auf Demonstration und Meinungsäußerung in Anspruch nahmen, als Faschisten und Nazis beschimpft wurden, und ob er daran etwas auszusetzen hat. Man könnte ihn fragen, welche Vergütung der Jena-solidarisch-Gegendemonstranten er für angemessen hielt. Man könnte erfragen, ob er Jena-solidarisch für eine faschistoide Aktivität hält.

Das müssten die Coronaleugner schon selbst erfragen, uns gibt der keine Antwort. Wir hatten mal angefragt, ob der Oberbürgermeister die grünfaschistoiden Angriffe auf die Familie Mohr als faschistoid ansieht, und erhielten zur Antwort, er wird unsere Fragen nicht beantworten.

Das ist alles ganz übel und unterste Kanone, unwürdig eines demokratischen rechtsstaatlichen Landes und sogar nicht ganz würdig des unsrigen, in dem wir uns befinden.

Aber Unterhaltungswert kann es geben. ●



# Sonstiger Stoff

## Wenn Sie noch was mit Corona hören können, hier was dazu, warum wir die unrühmliche und aus Sicht der Zeitung rühmliche Rolle der Zeitung nicht ausgleichen können

Die Lokalredakteure würden ganz gewiss sagen: Aber wir haben doch alle Meinungen zu Wort kommen lassen und auch den blöden Covidioten eine Stimme gegeben, was wollen Sie von uns, Sie Schwurbler aus der Steuerbordecke?

Die haben tatsächlich dem eher nicht so pandemiemaßnahmenbegeisterten FDP-Beyer einen Textbrei gewährt, wobei es durchaus eine journalistische Herausforderung ist, seinem Vorsichtspüree einen Gehalt zu entnehmen, wenn man das will. Er ist bescheiden und freut sich schon, dass immerhin das ging.

Danach bekam, um alles wieder geradezurücken, die Vertreterin der, vergleichsweise, stalinismusinspirierten Maßnahmenpolitik gegen das staatsfeindliche pandemietreibende Volk ein mehrspaltiges Interview. Der Leser wird also informiert, dass manche so sagen und manche so nicht. Die Debatte auf Augenhöhe.

Sie wird auf Schülerzeitungsniveau befragt. *Wie fanden Sie, wie bewerten Sie? – Die Linke hat.*

Investigativfrage: *„Die Linke hat Jenaer Demos gegen Corona-Maßnahmen 2021/2022 teils scharf kritisiert. Teilnehmer fühlte sich zu Unrecht in die Nazi-Ecke gerückt. Wie sehen Sie das heute?“*

Fühlten sich. Fühlten sich zu Unrecht. So was muss man erst einmal artikulieren, ohne sich zu Unrecht als ganz unten korrupt angesehen zu fühlen.

Sachliche Antwort: *„Die Linke hat nie pauschal alle Teilnehmenden an Demos gegen Corona-Maßnahmen als Nazis bezeichnet. Wir kritisierten konkrete Punkte: die demonstrative Missachtung der Abstands- und Hygieneregeln, die mangelnde Distanz zu demokratiefeindlichen und teils antisemitischen Verschwörungsideologien und vor allem die verbalen und körperlichen Aggres-*

*sionen gegen Journalistinnen, Politiker, Wissenschaft und Polizei. Es gibt keinen Anlass, auch nur einen dieser Kritikpunkte im Rückblick zurückzunehmen oder abzuschwächen.“*

Womit sie natürlich rechthat, aus linksextremer Sicht. Aus nicht linksextremer Sicht hat sie nicht recht, aber es gibt keine Möglichkeit, ihr den Weg zu einer anderen Perspektive zu öffnen. Die eingesetzten Kindersoldaten trugen keine Parteiabzeichen, stimmt ja.

Die „antisemitischen Verschwörungsideologien“ waren, daran muss erinnert werden, allesamt zugeschriebene Wertungen durch wildgewordene Zivilgesellschaftler, die körperlichen Aggressionen gegen die Polizei gab es tatsächlich, wie es in den Berichten immer hieß, „am Rande“ und „bei“. Tja, wenn sie's aus der Zeitung hat.

Ob es „mehr kritischer Köpfe in dem Gremium bedurft“ hätte?

„Sofern mit ‚kritischen Köpfen‘ Anhänger von Verschwörungstheorien gemeint sind, ist die Antwort klar ‚Nein‘.“

Die kann nicht anders. Was, wenn nicht? Wenn es ein Epidemiologe und eine Betreuerin psychisch erkrankter Jugendlicher wären? Kommt in der Parteiverschwörungsideologie nicht vor. Geht es um alle Verschwörungstheorien oder nur um die, die sich nicht bewahrheiteten? Den Unterschied wird sie nicht kennen, da fragt man sie auch nicht danach.

Die linke Begeisterung für die Pandemiepolitik ist strukturell. Staatliche Kontrolle von allem und allen, totalitäre Mentalnormierung, begründet mit dem Wohle aller, das ist links. Denen ist keine Aufarbeitung zuzumuten, vergeb-



liche Mühe. Man macht sie nur noch wütender.

Das mehrspaltige Foto hat die Bildbeschreibung „Thema hier war der Wunsch nach einer solidarischen Politik.“ Wünschen wir die? Sofern mit solidarischer Politik gleichgeströmtes linksbetoniertes Einheitsdenken und Unterordnung gemeint sind, ist die die Antwort klar „Nein.“

„*Stadtrat Stefan Beyer (FDP) hat der Linken im Stadtrat vorgeworfen, eine echte Aufarbeitung zu verhindern ...*“ Nicht mal als Frage formuliert.

„*Die Behauptung Stefan Beyers entbehrt jeder Grundlage.*“

Da würde inzwischen sogar Markus Lanz nachfragen.

Die Zeitung könnte zumindest eine substanzielle Ausführung erbiten, „sollen wir das wirklich so stehenlassen, Sie wissen doch, die Zeitung hat einen gewissen Ruf, es würde nur denen in die Hände spielen, die uns für verlogen und verkommen halten, und das sind die Falschen, da sind wir uns doch einig?“

Bleibt der Faktencheck an uns hängen, den FDP-Beyer nach den Grundlagen zu fragen. Er äußert den Eindruck, das Gefühl zu haben, dass sie aus seiner Sicht lügt. Die Stadträtler der Linken aus der Diätenszene hätten alle Versuche niedergeschrien und in die rechte Ecke gestellt, das lasse sich in den Protokollen nachlesen.

Das macht aber niemand, was soll's also.

Diese rechte Ecke, von der man so viel hört, scheint ziemlich hip zu sein. Die Angst vor Stigmatisierung überwiegt bei dem FDP-Beyer und bei vielen anderen, er möchte wohl nicht seine Stigmata vorzeigen und sich vorwerfen lassen, sich als Opfer zu stilisieren.

Und die Zeitung sei auch so gepolt, wie er findet. Da hat er etwas Richtiges gefunden, so funktionieren Echokammern, alle verdrehen in dieselbe Richtung und halten sich gegenseitig für geradlinig.

Da können wir nicht jedes Mal aufs Neue sagen, hier ist wieder so was, was wir immer sagen.

Die FDP verfolgt die Methode: Die sind nicht hinter euch her, die sind hinter uns her, also wählt uns!

Das Ergebnis ist bekannt. ●

## Der anschwärzende Kanal

Der offenkundigste Umstand, warum Vergleiche mit der DDR so dermaßen strukturell von daneben sind, ist die Öffentlichkeit, die nicht zuletzt durch die Rundfunkanstalten gewährleistet ist. In der DDR wurden Zersetzungsmaßnahmen geheim durchgeführt, wohingegen Karl-Eduard von Schnitzler keinen Hehl daraus machte, dass das, was er sagt, die Parteilinie ist.

Nun wird der Intendant des ZDF zitiert, er habe die Rundfunkbeiträge und Jan Böhmermann wechselseitig miteinander gerechtfertigt, er soll gesagt haben, dass er jungen Menschen gegenüber auf die Frage nach der Berechtigung des allgemeinen Beitrags Jan Böhmermann anführt, woraufhin

diese sagen, „ja, der ist cool, den gucke ich auf Youtube“.

Hierzu fragten wir bei der Pressestelle des ZDF an, wann, so etwa, der Herr Intendant eine so verlaufende Begegnung mit einem oder mehreren jungen Menschen zuletzt hatte und wie oft es im Verhältnis vorkommt, dass die jungen Menschen zum Jan-Böhmermann-Argument sagen: ne, dann auch nicht.

Wir haben das natürlich für Sie gefragt, damit Sie nicht in den Glauben versetzt werden, ach, der hat überhaupt nicht mit jungen Menschen geredet, das hat er sich ausgedacht oder herbeiphantasiert.

Ist jetzt Pech, dass wir das nicht widerlegen können. ●

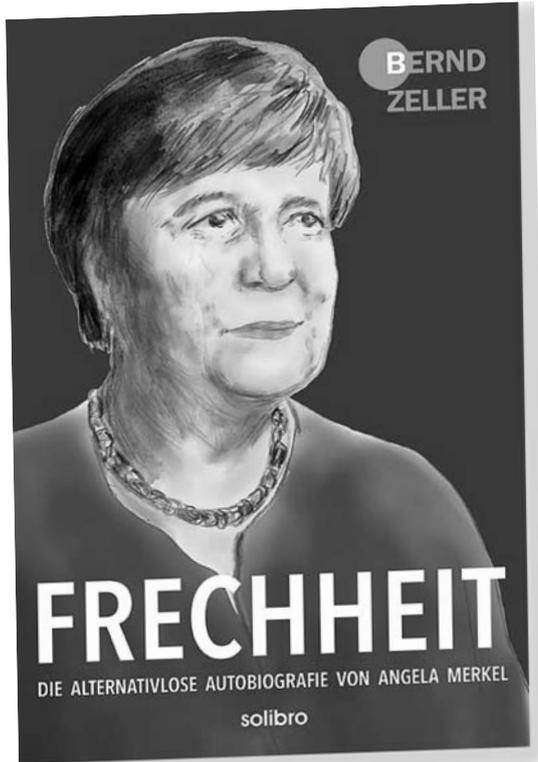


## Jenaer Impressionen



Reklame

## Wichtige Bücher von Relevanz



20,- Euro  
[www.solibro.de](http://www.solibro.de)

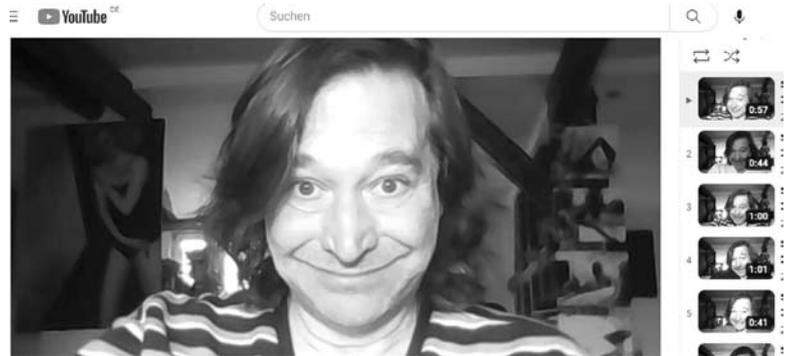


17,- Euro  
[www.buchhaus-loschwitz.de](http://www.buchhaus-loschwitz.de)

Die fröhliche Minute

## Senior-Influencer

Auf Youtube oder [www.zellerzeitung.de](http://www.zellerzeitung.de)



Originale kaufen,  
solange sie noch  
günstig sind



[www.atelierno8.de](http://www.atelierno8.de)

Ende der Reklame



### Lösungen beseitigen die Probleme nicht



Ein Problem zu lösen, gilt als Königsweg für dessen Behebung. Aber stimmt das überhaupt? Fakt ist, die Komplexität verschwindet nicht, schon gar nicht einfach so, auch wenn es vielen auf den ersten Blick so erscheinen mag. Und für viele macht der zweite Blick keinen Unterschied. Genau das ist der Grund, warum mehr als Blicke gefragt sind.

### Schülervertreter pochen auf Recht auf keinen Bock



Work-Life-Balance fängt nicht erst im Berufsleben an, sondern muss schon in der Schule geübt werden. Darum fordern Schülervertreter, das anlasslose Chillen gleichzusetzen mit dem Streiken fürs Klima, was etwas aus der Mode gekommen ist. Unterstützung kam von der Gewerkschaft.

### Gefahr durch neuen Kulturstaatsminister: Thüringer Kulturschaffende haben Angst, dass Wolfram Weimer die Beninbronzen zurückerobern will

Thüringer Kulturschaffende sind bekannt für ihre Vielfalt und Weltoffenheit. Das unterscheidet sie von all denen, die nicht für sie bezahlen wollen, weshalb öffentliche Förderungen ein Dienst an der demokratischen Kultur sind. Die Signale, die aus Berlin kommen, lassen längst überwunden geglaubte Befürchtungen wieder aufflammen. „Wie es ein Land mit seiner Kultur hält, ist ein Zeichen dafür, wie es um die Werte bestellt ist“, heißt es in dem Positionspapier zur Rettung vor Kürzungen.



### Preis für gefühlte Zivilcourage startet in die erste Auflage

Jena wagt sich mit einer echten Neuerung in die Position des Spitzenreiters. Bei der Vergabe des Zivilcouragepreises soll die subjektiv empfundene Courage des Zivilisten gestärkt in den Vordergrund gerückt werden. „Bisher kam dieser Aspekt zu kurz, dabei geht es gerade darum, wie couragiert man sich selber fühlt“, heißt es von zuständiger Stelle. Mitmachen können alle, die sich als preisverdächtig empfinden, eine gefühlte Begründung reicht, bei der auch gerne Hilfestellung gegeben werden kann.

